

Danziger Zeitung.

Nr. 18331.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. Juni. (W. L.) Der Reichstags- und Landtagsabgeordnete v. Wedell-Malchow ist gestern Abends während eines Diners beim Staatsminister v. Bötticher in Folge eines Schlaganfalls gestorben.

Mit Herrn v. Wedell-Malchow ist einer der ältesten Parlamentarier und Veteranen der conservativen Partei aus dem Leben geschieden. Er war geboren am 28. April 1823 zu Malchow, studirte in Bonn und Berlin jura und trat in den Justizdienst, den er 1848 verließ, um die Verwaltung seines Rittergutes Malchow anzu treten. Seit 1856 war er uckermärkischer Ritterschaftsrath, seit 1875 Ritterschaftsdirector und seit 1872 Vorsitzender des deutschen Landwirtschaftsraths. Dem preußischen Abgeordneten hause gehört er als entschieden conservativer Mitglied ununterbrochen seit dem Jahre 1866 als Vertreter von Prenzlau-Angermünde an. In den Reichstag wurde er zum ersten Male im Jahre 1871 gewählt, gleichfalls in Prenzlau-Angermünde. 1874 unterlag er seinem freisinnigen Gegencandidaten v. Arnim; 1877 eroberte er den Wahlkreis zurück, den er von nun an ununterbrochen im Reichstage vertreten hat. Bei den letzten Wahlen wurde er mit 10 076 gegen 8346 freisinnige und 1704 socialdemokratische Stimmen gewählt. Hier wird demnach eine Nachwahl statzufinden haben. Der jährliche Tod des alten Parlamentariers wird auch bei seinen Gegnern diese Theilnahme erregen.

Wien, 10. Juni. (Privatelegramm.) Der ungarnische Katholikentag wurde vertagt.

Rom, 10. Juni. (Privatelegramm.) Die in verschiedenen Blättern aufgetauchte Nachricht, der Krakauer Fürstbischof Dunajewski solle mit der Verleihung der Cardinalsmürde zum Primas von Polen ernannt werden, ist vollständig unbegründet.

Bukarest, 10. Juni. (Privatelegramm.) Kolossale Regengüsse haben die Ernte in allen Theilen des Landes arg geschädigt.

Der Besuch des Kronprinzen von Italien.

„Der erlauchte Fürst — schreibt die „Nord. Allg. Zeit.“ zur Begrüßung des jungen italienischen Thronfolgers — ist seit seinem Besuche in den beiden Vorjahren der lieb gewordene Gast nicht nur des Herrscherhauses, sondern des ganzen deutschen Volkes, welches in ihm den Sohn des Deutschland so eng befriedeten und verbündeten Italiens und den Vertreter der königlichen Macht desselben begrüßt! So ist denn der gegenwärtige Aufenthalt des erlauchten Sprossen des Hauses Savoyen in unserer Mitte eine vermehrte Bürgschaft für die Befestigung und Erstärkung des im Hinblick auf die Gemeinschaft großer vitaler Interessen geknüpften Bandes. Möge Italiens erlauchter Thronerbe von neuem hier den Eindruck gewinnen, daß Deutschland treu zu seinem Verbündeten im Apenninenlande steht, mit dem es sich einig weiß in der Pflege aller auf die Segnungen des Friedens gerichteten Bestrebungen und einig in der Pflege der Güter, welche zur Förderung und Festigung der geistigen und materiellen Wohlfahrt der Völker unentbehrlich sind.“

Der Empfang des Kronprinzen von Italien durch den Kaiser Wilhelm war ein äußerst herzlicher. Der Kaiser küßte den Kronprinzen niederholzt und stellt darauf die anwesenden Prinzen Heinrich und Friedrich Leopold vor. Bei der Ankunft, sowie bei dem Abschreiten der Ehrencompagnie bliesen die Jäger italienische Fansaren. Die Häuser der Stadt waren feierlich geschmückt. Zahlreiche Menschenmengen durchwogen die Straßen und begrüßten die Herrschaften mit enthusiastischen Hochrufen. Nach dem Frühstück Ferdinand von Schleswig-Holstein, der Prinzessin Heinrich und dem Kronprinzen von Italien im vierzähnigen Wagen nach dem Bornstädtler Felde, woselbst der Kronprinz zu Pferde sitzt. Der Kaiser, umgeben von dem Prinzen Heinrich, dem Prinzen Friedrich Leopold, dem Prinzen Ruprecht von Bayern, dem Herzog Günther von Schleswig-Holstein, der Generalität und einer großen Suite, erwartete seine Gemahlin und seinen Gast an der Spitze der 2. Garde-Cavallerie-Brigade. Nach Abreiten der Fronten des ersten und dritten Garde-Ulanen-Regiments wurde der Parademarsch abgenommen, und dann fand regimentsweise die Befestigung statt, wobei der Kaiser alle Evolutionen selbst mitsingt. Godam wurde ein Feuergefecht eingeleitet, zu welchem das 2. und 3. Bataillon des 1. Garde-Regiments zu Fuß hinzugezogen waren. Nach Beendigung des Gefechts nahm der Kaiser den Parademarsch in Escadroncolonnen im Trabe ab. Derselbe setzte sich alsdann mit dem Kronprinzen von Italien an die Spitze des 1. Garde-Ulanen-Regiments und ritt mit demselben nach dessen Kaserne, woselbst der Lunch eingenommen wurde. Der Kaiser und der Kronprinz von Italien wurden unausgesetzt von der zahllosen Menschenmenge enthusiastisch begrüßt.

Nachmittags begab sich der Kaiser mit seinem Gaste nach Hoppegarten zu dem äußerst zahlreich besuchten Rennen. Auch die Prinzen Heinrich, Friedrich Leopold und der Prinz Ruprecht von Bayern wohnten demselben bei. Sieger im Armeejagdrennen war Rittmeister v. Boddin, welcher „Maastab“ ritt. Der Kaiser überreichte den Siegern selbst die Ehrenpreise. Die allerhöchsten

Herrschäften kehrten darauf nach Potsdam zurück, wo sie kurz vor 7 Uhr auf dem Bahnhofe wieder eintrafen. Der Kaiser fuhr alsbald weiter nach der Wildparkstation, während der Kronprinz nach dem Stadtschloß fuhr, von wo er sich 7½ Uhr zum Diner nach dem Neuen Palais begab.

Politische Uebersicht.

Danzig, 10. Juni. Die Vorgänge in der freisinnigen Partei. Gestern Abend ist das Centralcomité der freisinnigen Partei zu der auf Antrag des Abg. Birchow durch den Vorsitzenden Abg. v. Stauffenberg berufenen Sitzung zusammengetreten. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen, wie folgende uns heute zugehende Drahtmeldung besagt:

Berlin, 10. Juni. (Privatelegramm.) Die Verhandlungen in dem Centralcomité der freisinnigen Partei werden heute Abend fortgesetzt. Unser Berliner Correspondent schreibt uns ferner von gestern über den Stand der Dinge, wie sie bis dahin lagen:

Die Versuche, einen Ausgleich zu Stande zu bringen, sind durch die Erkrankung des gestern eingetroffenen Vorsitzenden des Centralcomités, Fhrn. v. Stauffenberg, erheblich erschwert. Von einer Vertragung der Beratung aus diesem Grunde wurde Abstand genommen, weil das Abgeordnetenhaus am Ende seiner Thätigkeit steht, wenn auch der Schluss der Session erst nächsten Freitag erfolgt, und somit die freisinnigen Mitglieder des Abgeordnetenhauses an einer späteren Beratung nicht mehr teilnehmen können. Ob in letzter Stunde noch ein Ausgleich zu Stande kommt, entzieht sich der Beurtheilung.

Vertagung des Reichstages.

Nach einer Andeutung des Handelsministers ist die Regierung mit der Vertagung der Session auf den Herbst einverstanden unter der Voraussetzung, daß vor der Vertagung die erste Lektion des Arbeiterschutzgesetzes in der Commission beendigt wird.

Die Berliner „Politischen Nachrichten“, welche erst gestern mit Bestimmtheit zu melden wußten, die Regierung bestände auf schleuniger Erledigung der Gewerbenovelle noch vor der Sommerpause des Reichstages, waren also wieder einmal falsch unterrichtet, was übrigens seit einer gewissen Ministerkrise keine Seltenheit mehr ist.

Zu den Vorgängen in der Militär-Commission

schrifft uns unser Berliner Corcorrespondent in Anknüpfung an die gestrigen, in unserem heutigen Morgentelegrammen bereits größtentheils ausführlich mitgetheilten Verhandlungen:

Die Erklärungen, welche der Reichskanzler v. Caprivi in der Militärcommission abgegeben hat, bewegen sich in der Hauptsache auf der vorgestellten von dem Kriegsminister innegehaltenen Linie. General v. Caprivi, der die Befürchtung, daß seine Ernennung zum Reichskanzler den Anbruch einer Ära des Militarismus bedeute, in bestimmster Weise zurückwies, versuchte zunächst die Frage der Compensationen, insoweit es sich dabei um die jährliche Feststellung der Friedenspräsenz und um die Einführung der zweijährigen Dienstzeit handelte, von der jetzt zur Beratung stehenden Militärvorlage zu trennen. Die Andeutungen, welche der Reichskanzler bezüglich der Wirkung des Rücktritts des Fürsten Bismarck gegeben hat, wurden in parlamentarischen Kreisen vielfach kommentiert. Überwiegend machte sich der Eindruck geltend, daß der Reichskanzler bei seinem Bestreben, eine Verschärfung der Gegenfälle zu vermeiden, auf Hindernisse gestoßen ist, deren Beseitigung ihm zur Zeit nicht möglich ist.

Auf welchem Gebiet diese Hindernisse liegen, ist nicht schwer zu errathen. Vielleicht liegt in dieser Sachlage die Erklärung dafür, daß General v. Caprivi einer verbindlichen Erklärung über die Absichten der Regierung mit großer Vorsicht aus dem Wege ging. Vielleicht hat Herr v. Bennigsen das Richtige getroffen, indem er die Stellung, welche der Reichskanzler zur Frage der Compensationen einnahm, dahin präzisierte, daß die Regierung sich auf diesem Gebiet die Initiative wahren mölle bis zu dem Augenblick, wo sie den ersten Schritt unternehme, um die von dem Kriegsminister angedeuteten Zukunftspläne, die Herr v. Caprivi wieder nur als eine Idee bezeichnete, zur Durchführung zu bringen. Aber gerade die Darlegungen des Reichskanzlers, daß durch den Rücktritt des Fürsten Bismarck die Verhältnisse, wenn auch nicht ganz, so doch nach innen schwieriger geworden seien, schien diesen diejenigen Redner, welche auf die Frage der Compensationen in Verbindung mit der jetzigen Vorlage Wert legen, gegen den Rath, die Lösung dieser Frage zu vertragen, misstrauisch zu machen. Darüber, daß die Einführung der zweijährigen Dienstzeit als das zu erreichende Ziel aufzufassen ist, waren mit Ausnahme der Conservativen und auf der anderen Seite natürlich der Socialdemokraten alle Mitglieder der Commission einverstanden. Die streitige Frage ist eigentlich nur die, ob die Einführung der zweijährigen Dienstzeit durch Gesetz, wenn auch für einen späteren Zeitpunkt festgelegt werden soll, oder ob man sich der gegenwärtigen Vorlage gegenüber mit der Verlängerung der Rekrutenvacanze und der Vermehrung der Dispositionsurlauber begnügen, die eingestandenermaßen die spätere Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorbereiten sollen. In der letzteren Richtung bewegten sich die Ausführungen des

Abg. Windthorst, die sich mit denjenigen des Abg. Hinze vielfach berührten.

Inniweit die Erklärungen Windthorsts, der sich im übrigen für die zweijährige Dienstzeit und nach dem Vorgange und Antrage des Abg. Rickert für die jährliche Bewilligung der Präsenzrässer aussprach, maßgebend für die Haltung des Centrums zu der Vorlage sind, läßt sich um so weniger beurtheilen, als Herr Windthorst selbst den Wunsch aussprach, den Eintritt der Commission in die Specialberatung mindestens bis übermorgen hinauszuschieben, damit Zeit übrig bleibe, die Frage in der Centrumsfraction zu erörtern.

Was die freisinnige Partei betrifft, so unterliegt es keinem Zweifel, daß dieselbe geschlossen gegen die Vorlage stimmen wird, wenn die Regierung bei der Ablehnung aller Compensationen stehen bleibt.

Unserem telegraphischen Berichte über die gestrige Sitzung der Militärcommission ist noch Folgendes nachzutragen:

Auf die Anfrage Rickerts, ob v. Bennigsen die Erklärung des Reichskanzlers richtig dahin verstanden habe, daß die Regierung vor Einbringung künftiger Vorlagen selbst Compensationen vorschlagen werde, blieb der Reichskanzler die Antwort schuldig.

Abg. Hinze weist nach, daß durch die Verstärkung der Dispositionsurlaubung bis auf 67 Proc. bei der Infanterie eine vermehrte Rekruteneinstellung von jährlich 7800 Mann nothwendig würde, daß dafür aber 24 000 Dispositionsurlauber mehr entlassen und dem volkswirtschaftlichen Erwerbe zugeführt würden. Außerdem würde hierdurch die Kriegsstärke mit der Zeit um 150 000 Mann vermehrt werden. Um dieser Vortheile willen erwarte er bestimmt, daß auf diesem Gebiete die Regierung Compensationen gewähren werde. Wenn der Kriegsminister in seiner neulichen Rede es als ein Verbrechen gegen die Armee bezeichnete habe, wenn jezt die zweijährige Dienstzeit eingeführt würde, so sage er, es wäre ein Verbrechen, welches jeder Volksverteiler beginne, wenn er von der Fortwendung der zweijährigen Dienstzeit in absehbarer Zeit Abstand nähme.

Abg. Windthorst billigt nicht die in der Presse laut gewordenen Aeußerungen über den Beginn des Militarismus durch Einführung des neuen Reichskanzlers in sein Amt. Er könnte auch nicht ein Erstellen von Schwierigkeiten anerkennen, da die Verhältnisse des deutschen Reiches so bestellt seien, daß man von Herrn v. Caprivi denselben Respekt im Auslande habe, wie vor dem früheren Reichskanzler; vielleicht eher noch mehr. In Bezug auf die Vorlage sei er gefunden, die Forderungen in Bezug auf die Artillerie sofort zu befriedigen. Gegen die ganze Vorlage aber behalte er sich sein Votum vor, da er dieje nicht loslösen könne von den Zukunftsplänen. Diese gegenüber müsse eine feste Stellung eingenommen werden, müsse ein bestimmter Rahmen fixirt sein, da man sonst leicht den finanziellen Ruin des Volkes herbeiführen könnte. In Bezug auf die Compensationen erklärte Windthorst, daß er nie aufhören werde, die jährliche Bewilligung der Friedenspräsenz zu fordern, daß er die Einführung der zweijährigen Dienstzeit mit der Zeit für möglich halte, daß aber jezt schon nach seiner Überzeugung zu gewöhnen seien eine Verlängerung der Rekrutenvacanze und eine Vermehrung der Dispositionsurlauber. Wenn die Regierung gar keine Compensationen gewähren wolle, dann wisse er nicht, was aus der Vorlage überhaupt werden solle. Abg. Liebnecht erklärt, er sei auf seinem negativen Standpunkt nur gesetzt worden. Die Zukunftspläne führen nothwendig zur Schaffung des Militärfests, also dahin, wohin seine Partei schon längst strebe.

Abg. Ritter erkennt Caprivi's freundlichere Art und Weise Nein zu sagen an, es bleibe aber dennoch beim Nein. Er sucht dann die Zahlengaben des Major Gädé betreffs der Überlegenheit der französischen Kriegsreiterei über die unsrige zu widerlegen. Das Vor gehen der Regierung mit stolzen Heeresvermehrungen verhindert vollständig den guten Eindruck, welchen die Anbauung des Arbeitschutzgesetzes in der Bevölkerung gemacht habe. Den Matzahn'schen Finanzplan halte er für einen solchen, daß keine Partei denselben annehmen könne. Die jetzige Militärvorlage im Zusammenhange mit den für die Zukunft in Aussicht gestellten können er nur annehmen, wenn sein Antrag angenommen würde.

Nach einer kurzen rechnerischen Auseinandersetzung zwischen Major Gädé und Ritter wird die General-diskussion geschlossen.

Die Diensteinkommensverbesserungen für die etatsmäßigen Beamten.

Wie wir bereits mitgetheilt haben, beträgt die Summe, welche in dem nummehr an den Reichstag gelangten Nachtragsetat zu Diensteinkommensverbesserungen für die etatsmäßigen Beamten ausgeworfen ist, 11 921 268 Mk. Hieron entfallen 926 454 Mk. auf die Beamten der Tarifklasse III. des Wohnungsgeldzuschusses, 5 891 086 Mk. auf die Tarifklasse V. und 5 103 723 Mk. auf die unteren Beamten.

Von den Beamten der Tarifklasse III. sind unter anderen mit Gehaltsaufbesserungen bedacht: Die Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern mit je 800 Mk., die Mitglieder des Statistischen Amtes, der Normalrechnungscommission und des Gesundheitsamtes, sowie 8 Mitglieder des Reichs-Versicherungs-amtes mit je 450 Mk., die ständigen Hilfsarbeiter und Beamten des Centralbüros des Auswärtigen Amtes, die ständigen Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern, im Reichsjustizamt, im Reichsschulamt, im Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen, im Reichspostamt sowie die Ober-Telegrapheningenieure mit je 300 Mk., die Intendantur- und Bauräthe des Reichsheeres (preußisches Contingent), die Intendanturräthe der Marine, sowie die Ober-Posträthe, Posträthe und Postbauräthe, die Mitglieder bei den physisch-technischen Reichsanstalten (preußisches und sächsisches Contingent) mit je 600 Mk., die expedirenden Secrétaire, Calculatoren, Registratoren verschiedener Verwaltungen, sowie die Bureauvorsteher von einzelnen der lehren mit je 350 bis 400 Mk., die Rendanten der Ober-Postkassen, die Chronographen des Reichstags, die Buchhalter bei der General-Militärräthe, die Vorsteher von Postämtern I. Klasse, Bahnpostämtern und Telegraphenämtern

I. Klasse mit je 400 Mk., die Garnison-Bau-inspectoren mit je 600 Mk., die Ingenieure und Chemiker I. Klasse bei den technischen Instituten der Artillerie mit je 700 Mk., die technischen Hilfsarbeiter für Bausachen im Reichspostamt und Post-Bau-inspectoren mit je 800 Mk., die Post- und Telegrapheninspectoren, sowie die Bureauvorsteher beim statistischen Amt, Patentamt und Reichs-Versicherungsamt mit je 350 Mk., die Intendantur-räthe der Marine mit je 300 Mk., die Ingenieure und Chemiker II. Klasse bei den technischen Instituten der Artillerie mit je 400 Mk., die Divisions- und Garnisonsfarrer des Reichsheeres (preußisches und sächsisches Contingent) mit je 150 Mk. und die Intendantur-räthe bei der Verwaltung des Reichsheeres mit je 300 Mk.

Bon den Beamtenkategorien der Tarifklasse V. sind unter anderen mit Gehaltsverbesserungen bedacht:

Die Proviantamts-Directoren bei der Verwaltung des Reichsheeres mit 475 Mk., die Rendanten bei den Verpflegungs- und Bekleidungsämtern der Marine und bei den Werften mit je 250 Mk., die Obermeister und Maschinenmeister der Marine mit je 400 Mk., desgleichen die Garnisonverwaltungsdirectoren des Reichsheeres (preußisches und württembergisches Contingent), die Proviantmeister bei der Verwaltung des Reichsheeres, die Assistenten bei den Ober-Postkassen, die Bureaubeamten beim statistischen Amt, die technischen Hilfsarbeiter und Bureaubeamten bei der Normal-Aufzugscommission, beim Gesundheitsamt, beim Artillerie- und Reichs-Versicherungsamt, die Trigonometrische, Topographen und Kartographen bei der Landesaufnahme mit je 350 Mk., die Stations-controleure bei der Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern mit je 300 Mk., die Kanzleisecretäre und Kassensecretäre des Auswärtigen Amtes mit je 150 Mk., die Bureau- und Rechnungsbeamten I. Klasse (Ober-Postdirektionsscretäre), Buchhalter bei der General-Postkasse und Ober-Postkassenbuchhalter, sowie die Ober-Postsekretäre und Ober-Telegraphen-secretäre, Rohrpostmaschinenmeister mit je 350 Mk., die Postkassierer und Telegraphenamtsschaffner mit je 200 Mk., die Vorsteher von Postämtern II. (Postmeister) mit je nahezu 600 Mk., wofür indessen die jetz zahlbare Functionszulage von 300 Mk. in Erfall kommt; die Proviantamtsrendanten des Reichsheeres mit je 275 Mk., die Intendantursecretäre und Registratoren bei der Verwaltung des Reichsheeres mit je 350 Mk., die Postsekretäre und Telegraphensecretäre mit je 275 Mk., die Zahlmeister bei der Verwaltung des Reichsheeres mit je etwas über 250 Mk., die Oberpostoffizienten und Obertelegraphenassistenten sowie die Bureau- und Rechnungs-Beamten II. Klasse (Bureauassistenten) bei den Ober-Postdirektionen mit je 250 Mk.; die Oberrohrsäfte mit je etwas über 250 Mk., desgleichen die Kasseninspectoren bei den Garnisonverwaltungen und die Lazarethinspectoren; der weitaus grösste Theil der Postverwalter mit je 225 Mk. und die Post- und Telegraphenassistenten mit je 175 Mk.

Bon den unteren Beamten sollen unter andern Gehaltsaufbesserungen erlangt werden:

Die Pförtner, Kanzleidienner, Botenmeister, Hausdiener, Kellställe, Kanzleidienner bei den verschiedenen Verwaltungen in Höhe von je 100 bis 300 Mk., grösstenteils je 150 Mk., die Unterbeamten bei den Ober-Postdirektionen in Höhe von je 160 Mk., die Unterbeamten im inneren Dienst bei den Verkehrs-anstalten in Höhe von je 150 Mk., die Telegraphen-leistungsausführer in Höhe von je 400 Mk., die Buchenmacher und Waffenmeister bei den Truppen in Höhe von je 350 Mk., die Kassen- und Arrestwärter bei den Garnisonverwaltungen, Civilkrankenwärter ic. bei den Garnison-lazaretten, Kanzleidienner, Pförtner, Tafeldecker, Auf-wärter, Kassen- und Lazarethwärter bei den Militär-Erziehungs- und Bildungsanstalten sowie Hause-wärter und Civilkrankenwärter bei dem Invaliden-hause in Berlin in Höhe von je 180 Mk., die Post-Packetträger sowie die Stadtpostboten in Höhe von je 125 Mk.

In allen drei Klassen sollen auch die Beamten der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen Gehaltsverbesserungen erfahren. Wir erwähnen, daß unter anderen zugedacht sind:

Den Mitgliedern der Generaldirektion je 500 Mk., den Eisenbahn-Betriebsdirectoren je 1000 Mk., den Verkehrs-, Maschinen-, Eisenbahn-Bau- und Betriebs-inspectoren je etwa 740 Mk., den Eisenbahnsecretären etwa je 130 Mk., den Bahnmeistern I. Klasse je 460 Mk., denen 2. Klasse je nahezu 150 Mk., den Betriebs-secretären, den Stationsaufsehern und Stations-assistenten je 400 Mk., den Locomotivführern je etwa 166 Mk., den Zugführern und Ober-Postmeistern je etwa 135 Mk., den Telegraphisten je 165 Mk., den Lademeistern je etwa 280 Mk., den Packmeistern je

dass die Behandlung der ganzen Angelegenheit — abgesehen von der formalen wiederholten Erfüllung — wohl in einer Sitzung möglich wäre. Die Vorlage selbst dürfte wohl noch in dieser Woche dem Bundesrat zugehen."

Kalnoky über die österreichisch-ungarische Politik.

Wie aus Pest telegraphisch gemeldet wird, hat in der gestrigen Sitzung des Ausschusses der österreichischen Delegation der Minister Graf Kalnoky ein Exposé der politischen Lage gegeben. Graf Kalnoky stellte dabei fest, dass die allgemeine Richtung wie die Grundlagen der österreichisch-ungarischen Politik unverändert geblieben. Die Beziehungen zu Deutschland seien nie vertrauensvoller, klarer und fester gewesen als jetzt. Nicht wenig trage hierzu der hochbegabte, thakräftige Monarch des Nachbarstaates bei, dessen scharf ausgeprägte Individualität jeden Zweifel und jede Unklarheit von vorn herein ausschließe.

"Wir sehen den General v. Caprivi mit dem gleichen Vertrauen an der Spitze der Staatsgeschäfte stehen wie den Fürsten v. Bismarck, mit welchem ich stets die vertrauensvollen und freundschaftlichen Beziehungen zu unterhalten die Genugthuung hatte."

Der dreimalige Wechsel in der Regierung des deutschen Reiches und der Wechsel der leitenden Staatsmänner habe nicht die geringste Schwankung der Bündnisse zur Folge gehabt, was am besten beweise, wie fest gewurzelt das Bündnis in Berlin sei. Die in jüngster Zeit in Rom von maßgebender Seite abgegebenen Erklärungen bezeugten, wie man auch dort von der unerschütterlichen Festigkeit des Bündnisses überzeugt sei. Die täglichen Versuche der Gegner des Bündnisses, das letztere zu erschüttern und Zweifel an demselben hervorzurufen, sollten niemanden beirren. Diese Bemühungen würden auch häufig wie in den letzten zehn Jahren vergeblich bleiben. Dabei müsse mit der Thatsache gerechnet werden, dass die friedlichen Ziele des Bündnisses nur bei voller Entwicklung der Wehrkraft der verbündeten Staaten erreichbar wären, von denen jeder einzelne auf den anderen müsse rechnen können. Die ganz befriedigenden Beziehungen zu den übrigen Staaten Europas berechtigten zu der Hoffnung, dass etwa auftauchende Gefahren im Sinne des allgemeinen Friedensbedürfnisses behandelt werden könnten.

Von der Erörterung der Verhältnisse der Balkanstaaten führte Kalnoky aus:

Bulgarien, welches mit der Verbesserung seiner Handelsbeziehungen und Eröffnung neuer Verkehrswege beschäftigt sei, seinen Wohlstand habe und seinen Credit sei in ruhiger Entwicklung begriffen. Man sehe mit Besiedlung, dass Bulgarien politisch in kluger Zurückhaltung verharre und seine fortschreitende Entwicklung nicht durch gefährliche Fragen und Abenteuer schädige, vielmehr das Bestreben zeige, mit seinen Nachbarn, insbesondere mit der Pforte gute Beziehungen zu erhalten. Die Zukunft Bulgariens, die in dessen eigenen Händen ruhe, scheine gestichert, wenn es fortahre, ruhig und ohne Abenteuer an der eigenen Festigung zu arbeiten.

Um zu Serbien ein erwünschtes Verhältnis zu erhalten, sei seitens Österreich-Ungarns gewiss alles geschehen, natürlich unter der Voraussetzung der Gegenständigkeit. Der serbischen Regierung wie der Regenten möge der gute Wille nicht fehlen; allein die gegenwärtige Österreich-Ungarn unfreundliche, wenn nicht feindliche Stellung in Serbien sei vielleicht stärker als die Autorität der Regentenschaft und der Regierung, welche dem Treiben der Presse gegenüber hilflos sei. Eine Presselfreiheit, wie sie in Serbien herrsche, könnten nur hochstilisierte Nationen vertreten. Wo moralisch und politisch unreife oder unwürdige Elemente sich der Feder bemächtigen, vermöge eines solche Presselfreiheit großen Schaden anrichten. Die Stellung der größeren Staaten zu den kleineren sei stets schief, wenn die Beziehungen sich versteifen, da man geneigt sei, den größeren Staat der Vergewaltigung anzuklagen, sobald er begehrte, was seines Rechtes sei. Angesichts der geographischen Lage der inneren Verhältnisse und der Finanzen Serbiens befolgt Graf Kalnoky nicht, dass Serbien erste Verwickelungen mit den Nachbarstaaten verantwortschaften werde, da die Folgen am empfindlichsten für Serbien selbst sein würden. Aus der bisherigen, stets wohlwollenden Haltung Österreich-Ungarns habe Serbien großen Nutzen gezogen. Es werde nicht die Schuld Österreich-Ungarns sein, wenn diese Haltung sich in eine nicht entgegenkommende verwandeln sollte. Gegenüber den fortbauernden freundschaftlichen Versicherungen der Regentenschaft und der Regierung müsse die österreichisch-ungarische Regierung die Erwartung aussprechen, dass Regentenschaft und Regierung auch die erforderliche Autorität besäßen und den Versicherungen tatsächlich Rückhalt gäben. Die österreichisch-ungarische Regierung habe Serbien zu keinem Zeitpunkt in Zweifel darüber gelassen, dass gute Beziehungen Serbiens zu Russland ermöglicht seien und kein feindseliges Verhältnis zu Österreich-Ungarn nötig machen.

Schließlich kam Kalnoky auf Rumänien zu sprechen, mit welchem sehr gute politische, aber stagnierende wirtschaftliche Beziehungen bestanden. Graf Kalnoky gab der Hoffnung Ausdruck, dass sich bis 1891 vielleicht der gegenwärtig die gesamme Handelspolitik beherrschende protectionistische Zugmildern werde. Besonders mit Deutschland wäre eine Besserung der handelspolitischen Beziehungen wünschenswert.

Reichstag.

12. Sitzung vom 9. Juni.

Zweite Beratung des Nachtragsstaats. Zur Instandsetzung des Dienstgebäudes des Reichskanzlers und der Inventarienliste in dessen Wohnung werden 40 000 Mk. benötigt.

Für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika fordert der Nachtragstaat 4½ Mill. Mk.

Berichterstatter Graf Behr empfiehlt namens der Commission die Billigung.

Abg. Goldschmidt (freis.): Ich bin kein Gegner der bisherigen Colonialpolitik und habe im Gegenjahr zum größten Theil meiner politischen Freunde für die früheren Forderungen gestimmt. Die Verhandlungen in der ersten Beratung, vor allem die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers haben aber deutlich erkennen lassen, dass die Grenzen, welche in den früheren Vorlagen gezeigt waren, weit überschritten sind, und dass wir in Unternehmungen hineintrieben, deren Kosten und Ende wir nicht absehen können. In den Vorlagen von 1888 und 1889 handelte es sich lediglich darum, deutschen Bürgern ihr Eigentum vor Gewaltthäufigkeiten zu schützen und im Verein mit anderen Nationen an jenem Rüstenraum die Sklavenausfuhr zu beseitigen. Damals gab man sich der Hoffnung hin, dass die verhältnismäßig kleinen Summen genügen würden. Ruhe und Ordnung im Bereich der ostafrikanischen Gesellschaft wieder herzustellen, heute muss der hr. Reichskanzler uns damit trösten, dass wir vielleicht dahin kommen werden, dass das Reich kein Geld mehr zu leisten haben wird und die jehigen Colonien Reinerträge abwerfen werden. Nur wäre es sehr wünschenswert, wenn auch die ostafrikanische Gesellschaft die Hoffnung auf Reinerträgetheile, und wenn demgemäß die Finanzgrößen, die an der Spitze des Unternehmens stehen, aus eigener Tasche so viel beitragen würden, dass die Colonie, auf Privatkapital gestützt, sich entwickeln kann. Aber die Aussicht auf Reinerträge ist sehr unbestimmt, und

solche unsicheren Aussichten dürfen das Reich nicht leiten; klangen doch die Worte des Reichskanzlers „Wir geben die Hoffnung nicht auf“ sehr resignant. Das deutsche Kapital hält sich dem ostafrikanischen Unternehmen gegenüber sehr zurück, und auch die Engländer haben für Ostafrika keine sehr offene Hand; dafür gibt das beste Zeugnis die ehrliche Agitation Stanleys für Ostafrika. Ich kann aber die Befürchtung nicht unterdrücken, dass über kurz oder lang die Regierung von uns die Zustimmung zur Übernahme des Besitzes der ostafrikanischen Gesellschaft auf das Reich als eine Kronkolonie verlangen wird, und ich will es vermeiden, dass der Reichstag dann in die Zwangslage versetzt wird, zuzustimmen zu müssen. Ich glaube auch, bei dem gegenwärtigen Ansehen Deutschlands wird dessen Ehre kein Abbruch geschehen, wenn die Regierung zu ihrer ursprünglichen Absicht zurückkehrt und sich in Ostafrika auf den Schuh der Deutschen und des deutschen Eigentums beschränkt. Ich bin ein aufrichtiger Freund colonialer Bestrebungen, wenn solche aus dem eigenen Antrieb der Bevölkerung hervorgehen und der Initiative mutiger Aufleute entspringen, aber ich kann nicht einer Thätigkeit des Reiches zustimmen, die allein dem Privatmann gebührt. Mit Rücksicht auf die sonstigen großen an uns herantretenden Forderungen dürfen diese 4½ Millionen nicht geringfügig erscheinen. Wer für die heutige Vorlage eintritt, der nimmt die Verantwortung auch für die zukünftige Gestaltung der deutschen Colonialpolitik in Ostafrika auf sich. Bei aller Anerkennung für den Major Wischmann und seine Offiziere, bei aller Bewunderung für den kühnen Gelehrten, der große Strecken des dunklen Welttheils der Cultur erschließt, ich bin zu der Überzeugung gekommen, die heutige Vorlage ablehnen zu müssen. (Beifall links.)

Abg. Dohrn (freis.): Die Bemerkung des Herrn Reichskanzlers, dass sich das deutsche Kapital gegenüber überseeischen Unternehmungen sehr zurückhalte, ist nur bedingt richtig. Die Unternehmungen in Neuguinea beweisen das Gegenteil. Es fragt sich nun, welches Kapital mobil gemacht werden soll. Das kleine Kapital zu engagieren wäre verderbtlich. Man sehe nur, welche Verwüstung das Panamaproject in Frankreich bei den kleinen Leuten angerichtet hat. Das deutsche Kapital hält sich keineswegs juridisch, wenn sich ihm günstige Aussichten bieten. Seit Jahrzehnten legt es schon sein Geld in überseeischen Unternehmungen an. Ich erinnere Sie an Westafrika. Auch Ostafrika erfreut sich ja hoher Protectoren. Nur wollen diese über die Stellung des Protectors nicht hinausgehen. Diese mögen doch pecunäre Opfer bringen. Auch der letzte Bericht der ostafrikanischen Gesellschaft ist nicht ermutigend. 1882 war die Ein- und Ausfuhr in Janibar bereits ebenso groß. Sobald fragt es sich, was bei der Ein- und Ausfuhr verdient wird, und da findet sich im letzten Bericht nur eine ganz minimale Summe. Auf der anderen Seite sind die in der Bilanz als Activa aufgeführten Posten sehr fragwürdiger Art. Mit Recht sagt der Bericht, dass die Landescultur gefördert werden müsse. Will man das aber, dann darf man nicht fortfahren in der Vergrößerung des Gebietes. Die ganze Thätigkeit der ostafrikanischen Gesellschaft besteht darin, die ostafrikanische Plantagengesellschaft und die deutsche Plantagengesellschaft zu unterstützen. Das ist aber zu wenig und zeigt, dass die Herren nicht gewillt sind, die ihnen wirklich bevorstehenden Aufgaben zu lösen. Demgegenüber sind die vom Reich geforderten Aufwendungen ganz enorm und nicht zu rechtfertigen. Dass es an geeigneten Persönlichkeiten für die Landescultur in Ostafrika fehlt, ist begreiflich. Tückliche Leute wollen auch gut bezahlt sein. Man sucht sich dadurch zu helfen, dass man pfälzische Tabakbauer dorthin sieht. Das halte ich für einen sehr ungünstigen Gedanken; die deutschen Tabakbauer können ihre Erfahrungen dort nicht verwerten. — Major Liebert hat ein äußerst hartes Urtheil über Dr. Fischer und ein sehr günstiges über die klimatischen Verhältnisse in Ostafrika gefällt. Dr. Fischer steht mit seinem aus 10jähriger Erfahrung geschöpften Mittheilungen über das schlechte Klima nicht allein da. In gleich ungünstiger Weise haben sich auch viele andere Afrikareisende geäußert, so Thompson. Major Liebert wollte sogar die Garantie für die Rentabilität jedes Kapitals übernehmen. Ihm scheint aber selbst bang geworden zu sein, denn aus dem stenographischen Bericht ist die Garantie verschwunden. (Hört hört!) So lange die Lage der Dinge so unklar ist, können wir uns nicht für solche Pläne begeistern, zumal diesen heutigen Anforderungen sicherlich weitere neue folgen. Angesichts der großen Belastungen, die das Reich auf sich zu nehmen hat, können wir die Verantwortung für diese Vorlage nicht übernehmen. (Beifall links.)

Abg. Graf Mirbach (conf.): Wenn man wünscht, dass nicht das Reich selbst colonial etwas unternehme, sondern alles den Colonialgesellschaften überlassen soll, dann muß man nicht andererseits die ostafrikanische Gesellschaft in der Weise, wie z. B. der Abgeordnete Bamberger dies hier am 28. Januar 1889 gethan, discrediren. (Gehr richtig! rechts.) Dass die Gesellschaft während der Zeit eines Aufstandes, den sie nie überwunden garnicht die Macht hatte, keinen Gewinn gemacht hat, ist natürlich. Was den weiteren Zettel des Abg. Dohrn betrifft, dass die ostafrikanische Plantagengesellschaft zweifelhafte Personen zum Tabakbau herangezogen hat, so hoffe ich, dass er keinen Anstand nehmen wird, den betreffenden Personen Genugthuung zu gewähren. Die ostafrikanische Plantagengesellschaft hat nicht Planteure aus Schwedt und Bierroden, sondern aus Sumatra kommen lassen. Die Forderung von 4½ Millionen ist einfach eine Consequenz der vom vorigen Reichstage mit großer Majorität gefassten Beschlüsse betreffend die Unterdrückung des Sklavenhandels. Sie könnten heute Ihre Zustimmung nur verfagen bzw. einschränken, wenn die Grundlagen, auf denen die verbliebenen Regierungen damals die Vorlage aufbauten, sich nachträglich als falsch herausstellen; wenn ferner die Mission Wischmanns im wesentlichen erledigt oder aussichtslos wäre, oder wenn von irgend einer Seite ein bestimmter Weg angegeben werden könnte, auf welchem unter Anwendung von weniger Mitteln dieses Ziel zu erreichen wäre. Alle Voraussetzungen und Erklärungen der Regierung haben sich aber als durchaus zutreffend erwiesen. Ich bin allerdings bei der ostafrikanischen Gesellschaft mit 250 Mk. beihilftig, ich habe aber durchaus nicht die Befürchtung, als Verwaltungsrath hereuden zu werden. — Redner sucht dann nachzuweisen, dass die jehige Forderung durchaus im Einklang steht mit dem colonialpolitischen Programm, welches Fürst Bismarck 1889 dem Reichstage dargelegt hat. Stellt man sich auf den Standpunkt, die ganze Verwaltung der ostafrikanischen Gesellschaft zu überlassen so wird es daraus ankommen, mit großer Energie die Pacificierung bis in das fernste Gebiet durchzuführen. Dann aber werden wir bedeutende Mittel sehr rasch aufwenden müssen. Nur nach der völligen Pacificierung Ostafrikas könnten wir einen Vertrag mit der ostafrikanischen Gesellschaft abschließen. Sonst würden wir das Risiko laufen, dass nach einem Jahre oder ein paar Monaten der alte Zustand der Rebellion wieder eintritt. Wir sind der Ansicht, dass wir das einmal Begonnene in Sinne der Mission Deutschlands als großen christlichen Nation, die es in der Congoacte übernommen hat, an der Civilisierung und Christianisierung Afrikas zu arbeiten, nicht aufgeben sollen; wir würden dies auch wirtschaftlich für einen schweren Fehler halten. (Beifall rechts.)

Abg. Hauffmann (Volkspartei): Der Vorredner verwies uns auf das Programm des früheren Reichskanzlers; dagegen weise ich darauf hin, dass wir doch jetzt einer anderen Person und auch anderen Gründen gegenüberstehen. hr. v. Caprivi hat sich außer Stande erklärt, uns ein Programm überhaupt zu geben. Trotzdem hat er uns mitgeteilt: wir müssen eben vorwärts gehen. An einer Stelle seiner Rede kommt die überraschende Wendung, dass wir, um auf die Dauer der Sklaverei eingetreten zu können, durchaus eine Organisation brauchen, die wenigstens in einigen Beziehungen dem nahe kommt, was man in Europa einen

Staat nennt. Ein derartiges Programm wird man doch nicht glauben durch die ostafrikanische Gesellschaft ausführen lassen zu können. Ist es damit wirklich Ernst, so wird es die Aufgabe des Reiches sein, diesen ostafrikanischen Staat mit zu begründen. Bei der Inaugurierung der Colonialpolitik wurde allgemein Wert darauf gelegt, dass Deutschland den großen Strom seiner Auswanderer in ein Gebiet, das mit uns in einem gewissen Zusammenhang steht, lenken könnte. Von dieser wichtigen Frage ist jetzt keine Rede mehr; dazu ist eben das ostafrikanische Gebiet nicht geeignet wegen seines ungünstigen Klimas. Ich berufe mich weiter auf eine andere Ausserung des hrn. Reichskanzlers, dass man den Eingeborenen nicht näher treten könne, bevor sie nicht zu einem gewissen Grade städtischer und intellektueller Bildung gebracht sind, und dass vorher auch eine landwirtschaftliche Cultur kaum möglich sein würde. Darin liegt die wichtigste Erkenntnis, dass zunächst mit der Culturarbeit vorgegangen werden muss, und dass dann erst für den Handel irgend welche Aussicht auf Nutzen vorliegt. Ebenso wird es notwendig sein, zunächst mit allen Mitteln moralischer und geistiger Art auf die Distrikte einzutreten, bevor wir daran denken können, der Sklavenfrage näher zu treten. Auch ich will Deutschland nicht für alle Zeiten von der Aufgabe ausziehen, die abendländische Cultur in jene Gegenden zu übertragen; aber das ist eine Aufgabe sämtlicher europäischer Staaten. Es ist das ein Programm, das nicht stückweise zu lösen ist. Wollen wir dieser Frage näher treten, so werden wir nicht mit 4½ Millionen anfangen können, sondern wir müssen uns auf eine außerordentlich starke Inanspruchnahme gefasst machen. Wo aber so große Aufwendungen notwendig sind, da sagen wir: der Zeitpunkt ist für Deutschland noch nicht gekommen, um hunderte von Millionen dafür ausgeben zu können. Dem deutschen Nationalwohlstand können diese Summen nicht entzogen werden, weil andere Culturstrebe, die viel wichtiger sind, dann außer Acht gelassen werden müssen. In der Militärccommission wurde vorgestern die wirtschaftliche Miliziere in bereiter Weise durch die Darlegung gefasst, dass der Soldat in der Kaserne viel besser lebe als zu Hause. Daraus ergibt sich doch, dass die Lage Deutschlands, die wirtschaftliche und finanzielle, im großen und ganzen in einem ökonomischen Einheitsstaat nicht eine solche ist, dass wir in der Weise vorgehen können. Wir werden diese Cultur in andere Welttheile erst dann mit gutem Gewissen tragen können, wenn wir den Gipfel der Uncultur bei uns überwunden haben, der sich in den ewigen Kriegen in Europa documentirt. So lange wir hunderte von Millionen jährlich zu dem Zweck aufwenden müssen, um uns gegen unsere nächsten Nachbarn zu vertheidigen, so lange kann ich nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Action mit Erfolg führen können. Nun wird gefragt, ob es grobe Aufwendungen notwendig sind, da sagen wir: der Zeitpunkt ist für Deutschland noch nicht gekommen, um hunderte von Millionen dafür ausgeben zu können. Dem deutschen Nationalwohlstand können diese Summen nicht entzogen werden, weil andere Culturstrebe, die viel wichtiger sind, dann außer Acht gelassen werden müssen. In der Militärccommission wurde vorgestern die wirtschaftliche Miliziere in bereiter Weise durch die Darlegung gefasst, dass der Soldat in der Kaserne viel besser lebe als zu Hause. Daraus ergibt sich doch, dass die Lage Deutschlands, die wirtschaftliche und finanzielle, im großen und ganzen in einem ökonomischen Einheitsstaat nicht eine solche ist, dass wir in der Weise vorgehen können. Wir werden diese Cultur in andere Welttheile erst dann mit gutem Gewissen tragen können, wenn wir den Gipfel der Uncultur bei uns überwunden haben, der sich in den ewigen Kriegen in Europa documentirt. So lange wir hunderte von Millionen jährlich zu dem Zweck aufwenden müssen, um uns gegen unsere nächsten Nachbarn zu vertheidigen, so lange kann ich nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Action mit Erfolg führen können. Nun wird gefragt, ob es grobe Aufwendungen notwendig sind, da sagen wir: der Zeitpunkt ist für Deutschland noch nicht gekommen, um hunderte von Millionen dafür ausgeben zu können. Dem deutschen Nationalwohlstand können diese Summen nicht entzogen werden, weil andere Culturstrebe, die viel wichtiger sind, dann außer Acht gelassen werden müssen. In der Militärccommission wurde vorgestern die wirtschaftliche Miliziere in bereiter Weise durch die Darlegung gefasst, dass der Soldat in der Kaserne viel besser lebe als zu Hause. Daraus ergibt sich doch, dass die Lage Deutschlands, die wirtschaftliche und finanzielle, im großen und ganzen in einem ökonomischen Einheitsstaat nicht eine solche ist, dass wir in der Weise vorgehen können. Wir werden diese Cultur in andere Welttheile erst dann mit gutem Gewissen tragen können, wenn wir den Gipfel der Uncultur bei uns überwunden haben, der sich in den ewigen Kriegen in Europa documentirt. So lange wir hunderte von Millionen jährlich zu dem Zweck aufwenden müssen, um uns gegen unsere nächsten Nachbarn zu vertheidigen, so lange kann ich nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Action mit Erfolg führen können. Nun wird gefragt, ob es grobe Aufwendungen notwendig sind, da sagen wir: der Zeitpunkt ist für Deutschland noch nicht gekommen, um hunderte von Millionen dafür ausgeben zu können. Dem deutschen Nationalwohlstand können diese Summen nicht entzogen werden, weil andere Culturstrebe, die viel wichtiger sind, dann außer Acht gelassen werden müssen. In der Militärccommission wurde vorgestern die wirtschaftliche Miliziere in bereiter Weise durch die Darlegung gefasst, dass der Soldat in der Kaserne viel besser lebe als zu Hause. Daraus ergibt sich doch, dass die Lage Deutschlands, die wirtschaftliche und finanzielle, im großen und ganzen in einem ökonomischen Einheitsstaat nicht eine solche ist, dass wir in der Weise vorgehen können. Wir werden diese Cultur in andere Welttheile erst dann mit gutem Gewissen tragen können, wenn wir den Gipfel der Uncultur bei uns überwunden haben, der sich in den ewigen Kriegen in Europa documentirt. So lange wir hunderte von Millionen jährlich zu dem Zweck aufwenden müssen, um uns gegen unsere nächsten Nachbarn zu vertheidigen, so lange kann ich nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Action mit Erfolg führen können. Nun wird gefragt, ob es grobe Aufwendungen notwendig sind, da sagen wir: der Zeitpunkt ist für Deutschland noch nicht gekommen, um hunderte von Millionen dafür ausgeben zu können. Dem deutschen Nationalwohlstand können diese Summen nicht entzogen werden, weil andere Culturstrebe, die viel wichtiger sind, dann außer Acht gelassen werden müssen. In der Militärccommission wurde vorgestern die wirtschaftliche Miliziere in bereiter Weise durch die Darlegung gefasst, dass der Soldat in der Kaserne viel besser lebe als zu Hause. Daraus ergibt sich doch, dass die Lage Deutschlands, die wirtschaftliche und finanzielle, im großen und ganzen in einem ökonomischen Einheitsstaat nicht eine solche ist, dass wir in der Weise vorgehen können. Wir werden diese Cultur in andere Welttheile erst dann mit gutem Gewissen tragen können, wenn wir den Gipfel der Uncultur bei uns überwunden haben, der sich in den ewigen Kriegen in Europa documentirt. So lange wir hunderte von Millionen jährlich zu dem Zweck aufwenden müssen, um uns gegen unsere nächsten Nachbarn zu vertheidigen, so lange kann ich nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Action mit Erfolg führen können. Nun wird gefragt, ob es grobe Aufwendungen notwendig sind, da sagen wir: der Zeitpunkt ist für Deutschland noch nicht gekommen, um hunderte von Millionen dafür ausgeben zu können. Dem deutschen Nationalwohlstand können diese Summen nicht entzogen werden, weil andere Culturstrebe, die viel wichtiger sind, dann außer Acht gelassen werden müssen. In der Militärccommission wurde vorgestern die wirtschaftliche Miliziere in bereiter Weise durch die Darlegung gefasst, dass der Soldat in der Kaserne viel besser lebe als zu Hause. Daraus ergibt sich doch, dass die Lage Deutschlands, die wirtschaftliche und finanzielle, im großen und ganzen in einem ökonomischen Einheitsstaat nicht eine solche ist, dass wir in der Weise vorgehen können. Wir werden diese Cultur in andere Welttheile erst dann mit gutem Gewissen tragen können, wenn wir den Gipfel der Uncultur bei uns überwunden haben, der sich in den ewigen Kriegen in Europa documentirt. So lange wir hunderte von Millionen jährlich zu dem Zweck aufwenden müssen, um uns gegen unsere nächsten Nachbarn zu vertheidigen, so lange kann ich nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Action mit Erfolg führen können. Nun wird gefragt, ob es grobe Aufwendungen notwendig sind, da sagen wir: der Zeitpunkt ist für Deutschland noch nicht gekommen, um hunderte von Millionen dafür ausgeben zu können. Dem deutschen Nationalwohlstand können diese Summen nicht entzogen werden, weil andere Culturstrebe, die viel wichtiger sind, dann außer Acht gelassen werden müssen. In der Militärccommission wurde vorgestern die wirtschaftliche Miliziere in bereiter Weise durch die Darlegung gefasst, dass der Soldat in der Kaserne viel besser lebe als zu Hause. Daraus ergibt sich doch, dass die Lage Deutschlands, die wirtschaftliche und finanzielle, im großen und ganzen in einem ökonomischen Einheitsstaat nicht eine solche ist, dass wir in der Weise vorgehen können. Wir werden diese Cultur in andere Welttheile erst dann mit gutem Gewissen tragen können, wenn wir den Gipfel der Uncultur bei uns überwunden haben, der sich in den ewigen Kriegen in Europa documentirt. So lange wir hunderte von Millionen jährlich zu dem Zweck aufwenden müssen, um uns gegen unsere nächsten Nachbarn zu vertheidigen, so lange kann ich nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Action mit Erfolg führen können. Nun wird gefragt, ob es grobe Aufwendungen notwendig sind, da sagen wir: der Zeitpunkt ist für Deutschland noch nicht gekommen, um hunderte von Millionen dafür ausgeben zu können. Dem deutschen Nationalwohlstand können diese Summen nicht entzogen werden, weil andere Culturstrebe, die viel wichtiger sind, dann außer Acht gelassen werden müssen. In der Militärccommission wurde vorgestern die wirtschaftliche Miliziere in bereiter Weise durch die Darlegung gefasst, dass der Soldat in der Kaserne viel besser lebe als zu Hause. Daraus ergibt sich doch, dass die Lage Deutschlands, die wirtschaftliche und finanzielle, im großen und ganzen in einem ökonomischen Einheitsstaat nicht eine solche ist, dass wir in der Weise vorgehen können. Wir werden diese Cultur in andere Welttheile erst dann mit gutem Gewissen tragen können, wenn wir den Gipfel der Uncultur bei uns überwunden haben, der sich in den ewigen Kriegen in Europa documentirt. So lange wir hunderte von Millionen jährlich zu dem Zweck aufwenden müssen, um uns gegen unsere nächsten Nachbarn zu vertheidigen, so lange kann ich nicht glauben, dass wir eine gemeinsame europäische Action mit Erfolg führen können. Nun wird gefragt, ob es grobe Aufwendungen notwendig sind, da sagen wir: der Zeitpunkt ist für Deutschland noch nicht gekommen, um hunderte von Millionen dafür ausgeben zu können. Dem deutschen Nationalwohlstand können diese Summen nicht entzogen werden, weil andere Culturstrebe, die viel wichtiger sind, dann außer Acht gelassen werden müssen. In der Militärccommission wurde vorgestern die wirtschaftliche Miliziere in bereiter Weise durch die Darlegung gefasst, dass der Soldat in der Kaserne viel besser lebe als zu Hause. Daraus ergibt sich doch, dass die Lage Deutschlands, die wirtschaftliche und finanzielle, im großen und ganzen in einem ökonomischen Einheitsstaat nicht eine solche ist, dass wir in der Weise vorgehen können. Wir

für das Staatsjahr 1890/91 und dem am 31. Mai d. J. zu Bern mit der Schweiz vereinbarten Niederlassungsvertrag die Zustimmung erhielt. Die Versammlung erklärte sich ferner damit einverstanden, daß auf Grund der aus der dritten Berner Konferenz hervorgegangenen Entwürfe im Namen des Reiches ein Vertrag über den internationalen Eisenbahnfrachtkreis mit den übrigen auf der Konferenz vertreten gewesenen Regierungen vorbehaltlich der Ratifikation abgeschlossen werde. Mit Beziehung auf die Errichtung eines Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. wurde beschlossen, dasselbe zu Berlin auf dem durch Niederlegung der Gebäude „an der Schloßfreiheit“ entstehenden Platz in der Gestalt eines Reiterstandbildes zu errichten. Gleichzeitig wurde der Reichskanzler ermächtigt, über einen Entwurf für das Denkmal einen engeren Wettbewerb auszuschreiben. Die Eingabe des Empfangsausschusses für das 10. deutsche Bundeschießen zu Berlin überwies der Bundesrat dem Herrn Reichskanzler mit dem Erlichen, behufs zollfreier Abfertigung von Waffen und Munition der Teilnehmer an dem Schießen mit den beteiligten Landesregierungen in Vernehmen zu treten. Endlich wurde über die Wiederbesetzung erledigter Stellen bei Disciplinarhämern Beschluß gefasst.

L. Berlin, 9. Juni. Die Arbeiterschuh-Commission des Reichstages nahm heute § 105g der Vorlage, wonach das Verbot der Beschäftigung von Arbeitern an Sonn- und Festtagen durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths auf andere Gewerbe ausgedehnt werden kann, mit dem von Bebel beantragten Zusatz an, daß diese Verordnungen dem Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuhören sind. Die Erklärung des Regierungskommissars Geh. Rath Lohmann, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes die landwirtschaftlichen Betriebe, auch wenn sie Maschinen anwenden, nicht berühren, veranlaßte den Abg. Grillenberger zu der Ankündigung, daß seine Partei die Ausdehnung der Schuhbestimmungen auf die Landwirtschaft beantragen werde. Nach § 105h sollen die neuen Bestimmungen über die Sonntagsarbeit weitergehenden landesgesetzlichen Bestimmungen der Arbeit an Sonn- und Festtagen nicht entgegenstehen. Auch können die Landeszentralbehörden für einzelne Feiertage, welche nicht auf einen Sonntag fallen, Abweichungen von dem generellen Verbot der Sonntagsarbeit gestatten. Auf das Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest und, wie auf Antrag von Klefft-Rebow beschlossen wurde, auf den Himmelfahrtstag finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Damit ist die Beratung über die Bestimmungen über die Sonntagsarbeit beendet.

* **Zum Empfang des deutschen Kaisers in Christiania** sind großartige Veranstaltungen geplant. Der dortigen „Aftenposten“ zufolge ist von deutscher Seite offiziell gemeldet, daß die Kaiserin am 30. Juni Vormittags von Helsingør abschafft, um den direkten Curs nach Frederik zu nehmen. Hier empfängt den Kaiser das schwedische Geschwader und die Yacht wird, gefolgt von den Kriegsschiffen, langsam in die Bucht von Christiania einfahren, um gegen 6 Uhr Nachmittags im Hafen vor Anker zu gehen, woselbst sämtliche Fahrzeuge Festschmuck anlegen. Der Landungsplatz wird mit unzähligen Flaggenmasten geschmückt, in deren Mitte Tribünen errichtet werden. Die Einzugsstraßen bis zum königlichen Schloß werden sich dem Kaiser mit sechs großen Triumphbögen präsentieren, neben denen Militär, die Vereine und Schulen Spalier bilden. Zur Nachzeit, welche in jenen Tagen in Christiania kaum zwei Stunden dauert, sollen im Hafen unter bengalischer Beleuchtung Concerte von zwölf Musikkapellen und zahlreichen Männergesangvereinen abgehalten werden, während alle Ruder- und Segelclubs auf dem Wasser manövriren.

* **[Der frühere Abg. Schröder-Lippstadt]** ist am Sonntag Vormittag im Alter von 61 Jahren in Berlin an einem längeren Nierenleiden gestorben. Der Verstorbene hatte sich als Rechtsanwalt beim Hammergericht in Berlin niedergelassen. Derselbe gehörte der Centrumspartei des Reichstages von 1871 bis 1881 an und zeitweise auch dem Abgeordnetenhaus.

* **[Reichscommissar Wihmann]** ist, wie dem „Neueren Bureau“ aus Guey v. 9. d. M. gemeldet wird, begleitet von Dr. Bumiller und einem Verwandten des Sultans von Janzibar, welcher Geschenke des Sultans für den Kaiser Wilhelm überbringt, in Guey eingetroffen und von dort nach Kairo weitergereist.

* **[Rechnungsabschluß der Post- und Telegraphenverwaltung.]** Nach dem kürzlich erfolgten Rechnungsabschluß der Reichs-Post- und Telegraphen-Derhaltung für das Staatsjahr 1889/90 betrug die Einnahme 240 Millionen, die Ausgabe 181,1 Millionen, so daß der Überschuss 32,9 Millionen betrug. Ein so hoher Überschuss ist noch in keinem früheren Jahre erreicht worden. Nach Abzug des Extraordinariums von 5,6 verbleibt ein reiner Überschuss von 27,3 Millionen. Gegen die im Etat vorgesehene Summe bedeutet dies ein Mehr von 3,8 Millionen.

Breslau, 9. Juni. Die internationale Maschinenausstellung auf dem Palaisplatz ist heute Morgen feierlich eröffnet worden.

Frankreich.

Paris, 9. Juni. In St. Etienne haben etwa 3000 Arbeiter die Arbeit eingestellt. (W. T.)

Paris, 9. Juni. [Deputirtenkammer.] Bei der fortgesetzten Beratung des Gesetzentwurfs über die Festsetzung des Zolles für Mais und Reis wurden sämtliche Amendements und Zusatzartikel, welche dahin gingen, die bereits vorliegenden Zollsätze abzuändern, abgelehnt. Der Gesetzentwurf wurde schließlich im ganzen mit 343 gegen 168 St. angenommen. (W. T.)

England.

London, 9. Juni. Das Oberhaus hat mit 119 gegen 49 Stimmen die Bill, welche den Frauen die Qualifikation zur Mitgliedschaft bei den Grafschaftsräthen beilegt, abgelehnt. Von der Regierung war die Bill bekämpft worden. (W. T.)

Afrika.

* **Aus Janzibar** meldet die „Times“ vom 8. Juni: Der Dampfer „Juba“ bringt von der Küste von Benadir die Nachricht über Raubstörungen unter den Somalis, welche in Merka und Kisimayu zu Kämpfen und Plünderungen führten. Der Sultan hat angeordnet, daß Truppen und Waffen durch einen Dampfer nach den gedachten Orten geschickt werden.

Von der Marine.

* Die Segelschiff „Nixe“ (Commandant Capitän z. S. Fritze) beabsichtigt am 9. Juni cr. von Arendal nach Leith (Schottland) in See zu gehen.

Der Kreuzer „Sperber“ (Commandant Corvetten-Capitän Foss) ist am 8. Juli cr. in Sydne angekommen.

Am 11. Juni: Danzig, 10. Juni: M.-A. b. Loge, G.-A. 30. II. 12. 1. 25. Wetterausichten für Mittwoch, 11. Juni, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Bewölkt, teils heiter, teils bedeckt. Frische bis starke Winde; mäßig warm; Regensfälle und vielfach Gewitter. Nachts kalt.

Für Donnerstag, 12. Juni: Bewölkt mit Strichregen; vielfach Gewitter, strichweise Hagel; teils halbheiter, mäßig warm; angenehm, frische Winde.

Für Freitag, 13. Juni: Theils heiter, theils bewölkt mit Strichregen und Gewittern; strichweise Hagel. Mäßig warm, angenehm. Schwacher bis mäßiger Wind, zeitweise aufrissend.

Für Samstagabend, 14. Juni:

Veränderlich, theils bedeckt, Strichregen, strichweise Gewitter, theils heiter. Wenig wärmer; Wind vielfach aufrissend.

* **[Zum Prozeß gegen Dr. Wehr.]** In der Unterforschungs-Sache wider den früheren Landes-Director Dr. Wehr ist nunmehr auch über den ehemaligen Rittergutsbesitzer Holtz in Blumberg ebenfalls die Untersuchungshaft verhängt, was darauf schließen läßt, daß die erhobene Anklage wegen der Entwässerung des Krangensees ein recht erhebliches Belastungsmaterial ergiebt. Die Einlieferung des Herrn Holtz in das hiesige Gerichts-Gefängnis ist heute erfolgt.

* **[Das Ende einer Maßregelung.]** Ein Disciplinarprozeß wegen angeblich gesetz- und pflichtwidriger freisinniger Wahlagitator, den s. i. die conservative Presse wiedlich ausgebeutet hat, ist dieser Tage vom Ober-Derwaltungsgesetz zu Gunsten des Betroffenen entschieden worden. Wie den Lesern noch erinnerlich sein wird, wurde durch ein Disciplinar-Erkenntnis des Kreisausschusses zu Insterburg vom 25. September v. J. gegen den Gemeindevorsteher Rud. Baerow zu Schwägerau (Kreis Insterburg) auf Entfernung aus dem Amt und sofortige Suspension von seiner Thätigkeit als Gemeindevorsteher erkannt, weil B. bei der Erwahl zum Reichstage im November 1888 Stimmen und Flugblätter für den freisinnigen Kandidaten verbreitet und Vergütung seiner dabei gemachten Auslagen liquidirt und erhalten hatte, und weil er angeblich Steuererhöhungen in Aussicht gestellt haben sollte, falls die Wahlen conservativ ausfallen würden. Gegen dieses Urteil ist vom Beklagten beim Ober-Derwaltungsgesetz Berufung eingereicht worden. Nachdem auf Veranlassung der Berufungsinstanz vor dem Amtsgerichte zu Insterburg eidliche Vernehmungen stattgefunden, hat nunmehr der Disciplinar-Senat des Ober-Derwaltungsgesetzes das Urtheil des Kreis-Ausschusses verworfen und auf Freisprechung des Beklagten erkannt.

* **[Brückensperre.]** Nach einer dem Vorsteher-Amte der Kaufmannschaft zugegangenen Mitteilung des Magistrates wird die Auhbrücke behufs Ausführung dringend nötiger Reparaturen vom Sonnabend, den 14. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr ab bis zum Dienstag, den 17. d. Mts. für den Wasser- und Landverkehr

gesperrt werden.

* **[Zur Stromregulierung.]** Die Streitsache betrifft der von der Strombauverwaltung im vorigen Jahre zum Zwecke der Weichselregulierung ausgeführten Uferabgrabungen bei Bohnsack, welche bei den beheimateten Anwohnern so böses Blut machen, ist nunmehr durch Kaufverträge zwischen dem Strombaufiscus und den in Frage kommenden Landbesitzern geregelt worden.

Letztere erhalten für die abgetretenen Landparzellen Kaufpreise von 120 bis 150 Mts. pro Ar.

* **[Messer-Affäre.]** Der Arbeiter Albert H. von hier erhielt gestern Abend angeblich von einem unbekannten Mann in der Tischergasse einen Messerstich in den Rücken. Er suchte ärztliche Hilfe im Lazareth in der Sandgrube nach.

[Polizeibericht vom 10. Juni.] Verhaftet: Ein Arbeiter wegen Diebstahls, 2 Obdachlose, 2 Bettler, 2 Dirnen.

Graudenz, 9. Juni. Der gestern hier abgehaltene Verbandstag westpreußischer Fleischmeister war durch 35 Delegierte besucht, welche 51 Stimmen vertraten. Die Verhandlungen betrafen hauptsächlich innere Gewerks-Angelegenheiten und weitere Erörterung über die auf dem vorjährigen allgemeinen Fleischertage in Danzig behandelten Gegenstände. Bei der Vorstandswahl verlangten die Vertreter der Danziger Junting, daß der Sitz des westpreußischen Provinzial-Verbandes nach der Provinzial-Hauptstadt Danzig verlegt werde. Die Majorität entschied sich aber für den bisherigen Sitz in Graudenz wegen der günstigeren geographischen Lage dieses Ortes. Demgemäß wurde der bisherige Vorstehende hr. Glaubitz-Graudenz und der bisherige Schriftführer hr. Hillenberg-Kulm wieder gewählt.

* In einer am Sonntag in Graudenz abgehaltenen, rege besuchten Versammlung ist ein Aerzte-Verein für den Regierungsbezirk Marienwerder gebildet worden. Der Verein hat den Zweck, den persönlichen Verkehr der Aerzte unter einander zu beleben, die gemeinschaftlichen Interessen des Standes wahrzunehmen, wissenschaftliche Bestrebungen zu pflegen, die öffentliche Gesundheitspflege zu fördern und bei Neuvahten zur Aerztekammer sich über die geeigneten Persönlichkeiten zu einigen.

* Der Gerichtskassen-Rendant, Rechnungsrath Selke in Thorn ist auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt worden.

V Insterburg, 9. Juni. Die zur Besichtigung der ersten großen deutschen Pferdeausstellung in Berlin von der Provinz Ostpreußen bestimmten Thiere, deren Zahl etwa 200 beträgt, langten heute Vormittag aus den verschiedenen Kreisen hier an und wurden von hier aus mittels eines Sonderzuges nach ihrem Bestimmungsort befördert, wo dieselben morgen eintrafen werden. Vertreten sind in erster Reihe die Kreise Gumbinnen, Pillkallen, Stallupönen, Ragnit, Insterburg, Darkehmen, Tilsit. Ostpreußen liefert 1/8 des gesammelten Ausstellungsmaterials, ist somit von allen Provinzen am stärksten beteiligt. In die Ausstellungs-Commission sind von hier 8 Herren berufen.

- Der Kronprinz von Italien, welcher gestern Abend den hierigen Bahnhof passirte, hatte anmajhender Stelle den Wunsch geäußert, auf seiner Durchreise nach Berlin eines der größeren litauischen Landgestüte in Augenwesen zu wollen. Dem Wunsch wurde selbstverständlich bereitwillig entsprochen. Auf der Bahnhofstation Trakehnen wurde der Kronprinz vom gesamten Offizierskorps des in Gumbinnen stationirten 33. Regiments sowie von sonstigen hohen Beamten empfangen und nach dem dortigen Hauptgestüt geleitet. Eingehend ließ sich der hohe Reisende über alle Einrichtungen berichten und bekundete dabei ein großes Interesse für die ostpreußische Pferdebrüder. - Seit 8 Tagen trifft hier täglich eine große Anzahl von jüdischen Familien ein, welche über Hamburg nach Amerika auswandern. Sie werden jedoch erst zur Weiterreise zugelassen, wenn sie sich über den Besitz des nötigen Reisegeldes oder von Überfahrtskarten ausweisen können. Uebereinstimmend behaupten die Leute, daß ihnen durch die unqualifizierten Makaregen der russischen Polizei in ihrem Vaterlande ein regelrechtes Erversleben zur Unmöglichkeit geworden sei. Ich

habe selbst mehrere Auswanderer gesprochen; alle schildern ihre und ihrer Genossen Lage in Russland als ganz trostlos.

* Der Landrat Davidsson zu Insterburg ist zum zum Oberregierungsrath und Stellvertreter des Regierungspräsidenten in Königsberg ernannt worden.

Landwirtschaftliches.

Petersburg, 9. Juni. Nach amtlichen mit dem 7./19. Mai ablaufenden Berichten war der Stand der Wintersaat im größten Theile des europäischen Russlands ein guter, an vielen Stellen sogar ein sehr guter. Mittelmäßig standen die Wintersäaten in Livland, in Kurland, im Jarthum-Polen, in Podolien und in Bessarabien, unbefriedigend in einigen nordöstlichen Gouvernementen. (W. T.)

Telegramme der Danziger Zeitung.

Hamburg, 10. Juni. (Privattelegramm.) Hamburger Großkaufleute beabsichtigen, dem Fürsten Bismarck ein Haus in Hamburg zu verehren, damit er die Wintersaison in Hamburg verleben möge.

München, 10. Juni. (W. T.) Ministerpräsident v. Luß verbrachte trotz einer Morphiumspritzung die Nacht fast schlaflos, durch Athembeschwerden vielfach gestört. Es ist jedoch keine wesentliche Verschlimmerung des Gesamtzustandes eingetreten.

Madrid, 10. Juni. (Privattelegramm.) Die Conservativen drohen mit einem parlamentarischen Strike, falls die Königin nicht bis zum 1. Juli das Ministerium Sagasta entläßt.

In Cadiz fanden offizielle Probefahrten mit dem elektrischen unterseeischen Boot „Peral“ statt. Die Resultate sollen sehr günstig sein. Das Boot fuhr stundenlang bis zehn Meter Tiefe unter Wasser mit 7 bis 8 Knoten Normalgeschwindigkeit.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. Juni. (Crs.v.9.)

Wochen, gelb	Juni-Juli.	2. Orient.-A.	72,10	72,80
200,50	200,25	4% ruff.A.80	97,20	97,40
Sept.-Okt.	181,75	Lombard.	61,50	61,90
Rogen	151,00	Franzien.	99,00	100,50
Juni-Juli.	150,75	Fred.-Actien	167,00	167,40
Gept.-Okt.	147,00	Disc.-Com.	224,50	225,00
Petroleum	per 200 t	Deutsche B.	169,10	169,70
loco . . .	23,30	Laurahütte.	143,30	142,00
Ribö! . . .	65,50	Deft. Noten	174,30	174,75
Juni.	65,30	Russ.	234,80	234,70
Sept.-Okt.	54,20	Warsh. kurz	234,50	234,00
Spiritus	34,00	Londonl.	20,335	20,355
Aug.-Sept.	34,50	Russische 5%	20,23	20,235
4% Reichs-	107,40	W.B. g. A.	80,40	80,20
do.	100,70	Bank.	137,70	137,75
3/4 Confols	108,50	Delmühle	135,50	—
3/4 do.	100,90	do. Prior.	123,25	—
3/2 westfr.	98,60	Mar. g. p.	114,80	114,70
Brandbr.	98,80	do. G. A.	65,30	66,90
do. neue . . .	98,60	Ostpr. Güb.	98,70	98,60
3/2 ital. g. A.	58,50	Stam. A.	98,70	99,40
5% rm. G.-R.	99,00	Danz. G.-A.	98,00	98,00
Ung. 4% Gdr.	90,00	3/2 Irk. 5% A.-A.	91,30	91,30
		Fondsbörse: fell.		

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. Juni.

Crs.v.9.

Wochen, gelb	Juni-Juli.	2. Orient.-A.	72,10	72,80

<tbl_r cells="5

